

# Dokumentationen aus den Anfangsjahren der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 Einleitung

## *Die Wipog: Mittler zwischen Staat und Gesellschaft*

Konfrontiert man unsere Ordnungsprobleme im Jahr 1972 mit der Situation, die die Gründer der Wipog 1947 vorfanden, so zeigt sich, daß trotz der Katastrophe von 1945 in Deutschland noch Kräfte lebendig waren, die kommende Entwicklungen voraussahen und aktiv und verantwortlich an ihnen mitarbeiten wollten.

Drei Phänomene waren es vornehmlich, die die Gründer beunruhigten und ihre Initiative hervorriefen:

- a) die deutsche Nachkriegsgesellschaft schien einer nahezu vollständigen Auflösung der überkommenen Normen- und Wertesysteme zuzutreiben;
- b) das wirtschaftliche Chaos konnte der Bevölkerung kaum ein materielles Existenzminimum sichern. Für die nahe Zukunft war keine Besserung der Lage abzusehen;
- c) anstatt die Herausforderung anzunehmen, beharrte die Bevölkerung weiterhin in politischer Lethargie.

Diese Ausgangslage wurde von den Gründern als Chance zur Neuordnung Deutschlands innerhalb der sich anbahnenden Neuordnung der Welt verstanden. Die Chance sahen sie darin, erstmals einer nach außen offenen Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen und damit aus der Selbstisolierung durch die traditionelle nationalstaatliche Machtpolitik zu einer weltorientierten deutschen Politik und Wirtschaftspolitik vorzustoßen.

In der gesellschaftlichen Demokratie sahen die Gründer die diesen Forderungen einzig entsprechende Lebensform und staatliche Ordnung. Sie bekannten sich bereits 1947 nachdrücklich zum Prinzip der Mitverantwortlichkeit des ganzen Volkes, d.h. aller einzelnen für die künftige Gestaltung des Gemeinwesens und zum Primat der Gesellschaftspolitik vor der nationalstaatlichen Machtpolitik.

Sie gründeten darauf ihre Forderungen nach neuen Grundsätzen und Formen politischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Gründer formulierten ihre Konzeption zwei Jahre vor entstehen eines neuen deutschen Staates. Ihr Bekenntnis zu Demokratie und zum Primat der der Gesellschaft vor dem des Staates wurde von den Verfassungsvätern bestätigt.

Die Nachkriegssituation führte den Gründern die Bedeutung der Wirtschaft für die Neugestaltung der Gesellschaft vor Augen. Hier und jetzt hatte die Wirtschaft nicht nur die Funktion der Güterversorgung zu erfüllen, sondern wurde zum wichtigsten Motor der Ingangsetzung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt.

# Dokumentationen aus den Anfangsjahren der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 Einleitung

Die Wirtschaftspolitik entwickelte sich damit zu einem wichtigen Element der Gesellschaftspolitik bzw. mußte als Gesellschaftspolitik interpretiert werden. Die Wipog hat ihre Konzeption von der künftigen Richtung der deutschen Politik und Wirtschaftspolitik in den „Leitsätzen der Gründer“ 1947 und in den beiden „Hattenheimer Resolutionen“ 1948 dargelegt und seitdem kontinuierlich an der Weiterentwicklung dieser Konzeption gearbeitet.

Die Gleichsetzung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bedingte eine Neukonzipierung der Politik. Die Wipog definierte sie in Anknüpfung an Lorenz von Stein als „die Aufgabe, das Zusammenleben der Menschen dem Stande der sich verändernden Daseinsbedingungen anzupassen“. Politik wird damit als „rationale Disziplin“ erfaßbar und die Begrenzung auf das staatliche Handeln aufgehoben.

Diese Abkehr von der überkommenen Auffassung der Politik als Organisation staatlicher Macht bedeutet zugleich die Preisgabe des Primats der Außenpolitik. Es folgt aber auch daraus, daß sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft grundlegend gewandelt hat. Der Staat wird von der bisher herrschenden („Obrigkeitsstaat“) in eine dienende Rolle gegenüber der Gesellschaft verwiesen.

Aus dieser Konzeption ergab sich für die Wipog die Bemühung um eine Integration der Bereiche Wirtschaft, Politik und Kultur. Im traditionellen deutschen Denken hatten sich diese drei Bereiche unter dem Aspekt ihrer „Eigengesetzlichkeit“ voneinander abgesetzt. Eine exakte und gemeinverständliche Formulierung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme und deren Lösung erforderte jedoch, daß die gesamte Wissenschafts- und Bildungspolitik wie die politische Erziehungs- und Öffentlichkeitsarbeit fortan auf diese neuen Aufgaben eingestellt werden mußten.

Die Postulate Mündigkeit und Offenheit stellen an den einzelnen Menschen Anforderungen, denen er nicht aus sich allein gerecht werden kann. Die Gesellschaft muß Kräfte mobilisieren, um diesen Prozeß des Mündigwerdens in Gang zu setzen. Damit ist zugleich die Frage nach der Ordnung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens im Innern wie im Verhältnis zur Außenwelt dargestellt.

Das Postulat der „offenen Welt“ entsprang der Erkenntnis der Gründer aus dem Jahre 1947, daß wir Deutschen als erstes ein neues Verhältnis zu den anderen Völkern und zu den Problemen der Weltpolitik finden mußten. Die Gründer gingen von der Auffassung aus, daß unsere nationalen Probleme nicht mehr losgelöst von den Weltproblemen betrachtet werden konnten. Zwei Weltkriege haben deutlich gemacht, daß die Welt „zu einem Kraftfeld zusammen gewachsen ist, in dem alles auf alles und alle auf alle wirken“.